
Keynes' „General Theory“ nach 50 Jahren*

Josef Steindl

Fünfzig Jahre nach dem Erscheinen des Buchs von Keynes möchte ich hier nicht auf die Rezeption des Werks in der akademischen Welt – auf das Gelehrtengezänk – eingehen, sondern mich lieber mit der Rolle befassen, die das Buch in der Geschichte gespielt hat. Dabei muß man diesen Markstein – das Buch und das Datum – nicht pedantisch überbewerten, sondern es im Zusammenhang mit dem ganzen Wirken von Keynes sehen. Seine Theorien sind aus der intuitiven Beurteilung wirtschaftspolitischer Probleme hervorgegangen, die bis in die frühen 20er Jahre zurückgeht.

Seine Theorien kommen aus der praktischen Erfahrung und aus der konstruktiven Einstellung zu den Schwierigkeiten seines Landes und seiner Zeit. Das Buch selbst ist schwer zu verstehen, für jeden, der nicht schon von vornherein weiß, worum es sich handelt. Vicarelli (1984) hat mit recht gesagt, daß es nur im Zusammenhang mit seinem übrigen Werk richtig gewürdigt werden kann.

Was ist der historische Hintergrund des Buches? England nach dem Ersten Weltkrieg, eine Weltmacht im beginnenden Niedergang, Strukturkrise (Kohle, Textil), Arbeitslosigkeit, Währungsprobleme. Unter dem Einfluß der City wird das Pfund auf dem Vorkriegsniveau stabilisiert, was Druck auf die Löhne erfordert, Arbeitslosigkeit und hohen Zinsfuß bedeutet. Es folgt der Generalstreik von 1926.

Keynes hat gegen die Politik der City gekämpft, Churchill selbst hat sie privat mißbilligt, aber er mußte das tun, was ihm seine Beamten rieten. Die hohen Beamten (Civil Service) waren eine Zielscheibe des Keynesschen Spottes und die Banken sein lebenslänglicher Widerpart.

* Referat gehalten am Neujahrseminar 1987 des Arbeitskreises „Dr. Benedikt Kautsky“ in Bad Aussee

Nun hat die Macht der City einen argen Stoß erlitten, als sich die englischen Banken als unfähig erwiesen, die von Wien ausgehende internationale Bankenkrise rechtzeitig zu bewältigen (1931). Das Pfund wurde freigegeben, der Einfluß auf die Währungspolitik verschob sich von der Bank von England auf das Schatzamt. Das Gewicht der Wirtschaftspolitik verlagerte sich von den Banken zur Industrie (Protektionismus). Das hat zunächst nichts an der Außenseiterstellung von Keynes geändert, aber der Boden für die Aufnahme seiner Theorien ist dadurch entscheidend vorbereitet worden.

Im Zweiten Weltkrieg wurde Keynes in das Establishment aufgenommen. Sein Wirken zeigte sich darin, daß der Krieg zu 3 Prozent finanziert wurde, im Gegensatz zu den 5 Prozent im Ersten Weltkrieg.

Der eigentliche Erfolg der Keynesschen Denkungsweise kam nach dem Krieg. Man muß sich fragen, worauf das beruht hat. Eine Idee kann sich nur durchsetzen, wenn die Zeit dafür reif ist, das heißt, sie siegt nur in Allianz mit mächtigen gesellschaftlichen Strömungen oder Anliegen. Im Fall von Keynes waren das mehrere:

- Die Finanzierung des Krieges bzw. die der Rüstung des kalten Kriegs;
- Der Wohlfahrtsstaat;
- Der Wettbewerb mit den sozialistischen Staaten und ihrer Ideologie.

Das weitere Schicksal der Keynesschen Ideen war denn auch entscheidend von der weiteren Entwicklung dieser gesellschaftlichen Ströme beeinflusst. Zunächst die Rüstung. Die Keynessche Theorie hat ihren Protagonisten Argumente gegen die orthodoxen Finanzpolitiker gegeben, die vor der Finanzierung durch Kredite warnten. Keynes hat während des Zweiten Weltkriegs das System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ausbauen lassen, um den orthodoxen Bankiers an der Hand von konkreten Daten und Zahlen zu zeigen, daß das Budgetdefizit durch Sparen finanziert wird.

In der Rüstung der kalten Kriegszeit war allerdings das Budgetdefizit kaum von Bedeutung. Es ist eine paradoxe Tatsache, daß in der Zeit der Herrschaft Keynesscher Auffassungen die Budgetdefizite keine Rolle spielten. Die Rüstung der 50er Jahre wurde durch Steuern auf die Profite der Kapitalgesellschaften finanziert, was aber auch eine expansive Wirkung hatte, weil dadurch die starken Sparer getroffen wurden.

Nach einiger Zeit des Rückgangs der Rüstung hat in den späten 70er Jahren eine neue Welle der Rüstung begonnen, die in den USA die größten Budgetdefizite aller Nichtkriegszeiten hervorbrachte. Das kann man aber kaum als Einfluß von Keynes interpretieren. Man hat die konservativen Prinzipien auf dem Gebiet der Fiskalpolitik aufgegeben: Als Ausgleich dafür hat man allen restriktiven Instinkten auf dem Gebiet der Geldpolitik freien Lauf gelassen und einen einzigartig hohen Realzins produziert. Durch die Kombination von Verschuldung und Hochzinspolitik ist eine richtige Perversion der Politik von Keynes entstanden, deren Folgen heute noch nicht abzusehen sind.

Nun zur Sozialpolitik. Der Wohlfahrtsstaat war vorgezeichnet in den Arbeiten von Sir William Beveridge, einem spätbekehrten Keynesianer.

In den USA war die (begrenzte) Einführung der Sozialversicherung mit dem Gedanken der eingebauten Stabilität verbunden: Man war zu dem Schluß gekommen, daß unter amerikanischen Bedingungen eine gezielte Konjunkturstabilisierung mit fiskalischen Mitteln nicht möglich ist, und das beste daher sei, die Schwankungen von vornherein durch den Einbau von Stabilisatoren zu vermindern. Der „große Staat“ (Minsky) hat eine stabilisierende Wirkung.

Die Idee des Wohlfahrtsstaates entstand während des Kriegs und nachher aus einer moralischen Selbstbesinnung der Privilegierten und einem erstarkten Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse. Man sagte sich, man wolle nicht zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückkehren (man bemerke, daß die Eliten in der Zwischenzeit von diesen moralischen Ansprüchen erhebliche Abstriche gemacht haben).

Der weitere Ausbau des Wohlfahrtsstaates hat mit zu einem ständigen Anstieg des Steueranteils am BNP geführt, und dem Gefühl, daß das Ende dieses Anstiegs nicht abzusehen ist.

Das war nicht ohne Zusammenhang mit der großen Reaktion, die in den 70er Jahren begann. Ich habe seinerzeit versucht, diese Reaktion mit den Argumenten zu erklären, die Kalecki in seiner Theorie des politischen Konjunkturzyklus verwendet hat: Nach einer längeren Periode der Vollbeschäftigung entwickeln sich reaktionäre Kräfte, motiviert durch die Angst vor dem Erstarken des Selbstbewußtseins und den Ansprüchen der Arbeiter. Ich habe in diesem Zusammenhang von einem Gesinnungswandel gesprochen.

Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, daß der ungeheure Anhang, den der Neokonservatismus gefunden hat, nicht lediglich auf Klassenanimosität beruht, sondern auch auf den Defekten des Wohlfahrtsstaates (diesen Begriff einmal in einem sehr weiten Sinn verstanden – als sozialdemokratisch-liberale Politik). Wir haben doch heute aus den USA den Gedanken einer Steuerreform einführen müssen, der eigentlich schon einige Zeit überfällig gewesen sein mußte. Die Forderung nach „Deregulierung“, wenn sie auch von neokonservativer Seite kommt, hat in mancher Hinsicht ihre Berechtigung, wie in diesem Kreise Kollege Szopo schon einmal ausgeführt hat. Damit soll aber freilich nicht geleugnet werden, daß dieses Thema voller Gefahren und Tücken ist.

Schließlich ist unser ganzes industrielles Organisationssystem der Kritik ausgesetzt gewesen. Ich beziehe mich jetzt auf die USA, weil die Entwicklung in diesem Land auch für die übrige Welt von Bedeutung ist. Die großen Konzerne, vor allem in der Schornsteinindustrie, haben in der Nachkriegszeit einen eigenen Stil der Organisation entwickelt: Hierarchisch, mit vielen Stufen, bürokratisch, also nicht gerade schumpeterisch-unternehmerisch, zentralistisch, mit einer starken Zusammenarbeit zwischen Management und Gewerkschaft (und Staat), die gemeinsam die Interessen der betreffenden Industrie verteidigt haben.

In den neuen High-tech-Industrien ist ein anderer Typus von Management entstanden, sozusagen im diametralen Gegensatz zur oben beschriebenen Organisation. Diese Betriebe und ihr Management ver-

suchen bis zu einem gewissen Grade, weitgeteilten Wünschen entgegenzukommen: Dem Wunsch nach einem anderen Arbeitsklima im Betrieb und vielleicht auch nach einer gewissen Anerkennung der Leistung, die die Beschäftigten im bürokratischen Großbetrieb vermissen.

Soviel über Gesinnungswandel und geänderte Einstellungen, die indirekt auch Keynes treffen, insoweit er mit dem politischen Paradigma der Nachkriegsjahrzehnte identifiziert wird. Es hat aber sicher auch handfeste Schwierigkeiten der keynesianischen Wirtschaftspolitik gegeben. Die meisten denken hier an die Inflation. Nun, ich darf vielleicht erwähnen, daß die Inflationsrate bis zu den Währungswirren der siebziger Jahre eine bescheidene war: So betrug sie im Durchschnitt aller Industrieländer von 1950 bis 1973 4,1 Prozent (Maddison 1982 p.133).

Nach einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit seit 1975 waren die Zahlen: 1984/85 4,5 Prozent, 1985/86 2,8 Prozent, 1986/87 (Prognose) 3,8 Prozent.

Von dem Niedrigrekord (Ölpreisverfall!) des Jahres 1985 abgesehen, scheinen wir mit all der monetaristischen Zauberei und all den Opfern nicht viel weniger Inflation zu haben als in der Zeit des verruchtesten Keynesianismus. Die Inflation der 70er Jahre war entscheidend davon beeinflußt, daß der Fall des Dollar und die Zunahme des Goldpreises inflationistische Erwartungen und eine riesige Rohstoffspekulation auslösten. Ich will mich auf eine ganz andere Seite der Keynesianischen Wirtschaftspolitik beziehen, nämlich auf die Anregung der Privatinvestitionen durch steuerliche Begünstigung. Diese Politik scheint eine Zeitlang erfolgreich gewesen zu sein. Wahrscheinlich hat sie der Tendenz zur Abschwächung des Wachstums in den 60er Jahren entgegengewirkt. Die Investitionen haben aber zwei Seiten. Auf kurze Sicht schaffen sie Nachfrage, Boom, Wachstum. Nach einiger Zeit aber macht sich die Kehrseite geltend: Die Zunahme der Kapazität und der Druck des Angebots auf den Markt. Da die Förderung ihrer Natur nach zum großen Teil auf die Grundindustrien konzentriert war, konzentrierte sich dort auch die Kapazität. Der Absatz für das zusätzliche Angebot wurde meist im Ausland gesucht, da aber im Prinzip alle Länder ähnliches machten, mußte der Erfolg weltweit in Überkapazität münden. Er entsprach dem Urteil, das Kalecki über alle Politik der Investitionsförderung gefällt hat: Man müßte diese Maßnahmen immer wieder wiederholen und weitertreiben, um den Absatz zu sichern, und das hat offenbar seine Grenzen.

Soweit der Einfluß des Wohlfahrtsstaates und was damit direkt und indirekt zusammenhängt, auf die Geschehnisse der Politik von Keynes. Nun zur dritten der gesellschaftlichen Entwicklungen, die für die keynesianische Politik von Bedeutung waren: Die ideologisch-politische Konkurrenz mit dem System im Osten. Diese Konkurrenz hat in früheren Jahrzehnten eine erhebliche Rolle gespielt; sie war ein entscheidender Faktor in der Wende in der Bildungspolitik und Forschungspolitik des gesamten Westens im Gefolge des Sputnik von 1957.

Mein früh verstorbener Freund Teddy Prager hat damals ein Buch (sein bestes) über dieses Thema geschrieben (Wirtschaftswunder oder keines? 1963), das leider vergriffen ist. Wo sind die Zeiten! Nun hatte diese Art von ideologischer Konkurrenz in Keynes ein ideales Vehikel gefunden. Vollbeschäftigung im Kapitalismus schaffen hieß, den ärgsten Schandfleck des Systems auszumerzen. Wie natürlich meine Interpretation ist, kann man indirekt daran sehen, daß Keynes im Osten verteuftelt wurde. Die ideologische Konkurrenz, zusammen mit der militärischen, führte aber auch zu einer engen wirtschaftlichen Kooperation des Westens – was praktisch wieder eine der Voraussetzungen der Vollbeschäftigungspolitik war. Die Lockerung und schließlich der weitgehende Zusammenbruch dieser Kooperation, hervorgegangen aus dem Schwinden der amerikanischen Hegemonie und der Herausbildung von starken wirtschaftlichen Gegensätzen zwischen den kapitalistischen Staaten, hat denn auch der Praxis der Vollbeschäftigungspolitik den entscheidenden Todesstoß gegeben, mit entsprechender Rückwirkung auf die Rezeption von Keynes in der Theorie.

Daß es ein Todesstoß werden mußte, beruht darauf, daß die Internationalisierung des Zahlungsverkehrs und der Kapitalmärkte zu weit gegangen ist, um einem einzelnen Land noch möglich zu machen, eine autonome Vollbeschäftigungspolitik in einem Meer von monetaristischer Restriktion zu behaupten.

In meinem Bemühen, das Schicksal des Keynesischen Buches mit den Strömungen der Zeit zu verknüpfen, bin ich von dem Abstieg des Prestiges der City nach der Krise von 1931 ausgegangen. Nun hat sich diese Strömung nach dem Zweiten Weltkrieg wieder umgedreht. Die riesige Ausdehnung des Welthandels und des internationalen Zahlungsverkehrs hat die Gewinne der Banken und damit ihre politische Bedeutung gestärkt. Diese Entwicklung hat ihren Höhepunkt nach dem Ölschock erreicht, als die Vermittlung des ungeheuren Kreditstroms die Banken bereicherte. A. Bhaduri und ich (1985) haben die Verbreitung und Weltgeltung des Monetarismus auf diese wiedergewonnene Machtstellung der Banken zurückgeführt. Auf ihrem Höhepunkt hat die monetaristische Politik zu ganz außerordentlich hohen Realzinsen geführt, die die Last der Schulden für Industrie, Staat und Entwicklungsländer drückend machten. Durch die Hochzinspolitik wurden die Investitionen der Industrie und des Wohnbaus verringert und dadurch die Budgetdefizite erhöht. In dieser Zeit hat sich eine eigentümliche Degeneration der Industrie entwickelt: Sie hat sich zunehmend mit Finanzanlagen statt mit Realinvestitionen befaßt, mit Spekulation in Boden, Waren und Devisen, vor allem aber mit dem Aufkaufen anderer Unternehmungen. Diese Raubzüge, finanziert mit „junk bonds“, führten zu einer außerordentlichen Zunahme der Verschuldung auf Kosten des Aktienkapitals, und sie absorbierten die Interessen und Kräfte des Managements. Das Resultat ist die Spielkasinogesellschaft, wie sie ein U.S. Magazin genannt hat. Die Herrschaft des Anti-Keynes war gekommen.

Zwischen Liberalismus und Sozialismus

Ich möchte jetzt von der Geschichte zur politischen Philosophie, von der Vergangenheit und Gegenwart zur Zukunft abschweifen. Das Thema ist: Das ökonomische Weltbild von Keynes.

Keynes war Liberaler, er war auch mit der liberalen Partei verbunden und hat für sie geschrieben und gesprochen.

Der Grundton seiner liberalen Überzeugung ist das Unternehmertum. Diese liberale Überzeugung war qualifiziert und modifiziert: An einem bestimmten Punkt, so zeigt er, hört die Selbstkorrektur der Marktwirtschaft zu funktionieren auf. Die Selbstregulierung funktioniert nicht, wo es sich um die makroökonomischen Größen handelt: Die effektive Nachfrage, die Beschäftigung, die verschiedenen Aggregate des BNP.

Daraus folgen weitere, wenn auch bedingte Einschränkungen des Liberalismus. So auf dem Gebiet des Außenhandels und der staatlichen Betätigung auf dem Gebiet der Investitionen. Will man an Keynes so etwas wie eine sozialistische oder radikale Seite sehen, so ist das sicher die „Euthanasie des Rentiers“.

Er war der Ansicht, daß es einer richtigen Geldpolitik, über einen langen Zeitraum geführt, gelingen müßte, den Zinsfuß auf nahezu Null herabzusetzen. (Es ist ja eine besondere Errungenschaft von Keynes, gezeigt zu haben, daß der Zinsfuß eine Sache der Institutionen und der Erwartungen ist, und nicht ein Ausdruck der Knappheit des Kapitals, also der Grenzproduktivität.) Das Ziel war also, das reine Besitzeinkommen abzuschaffen, den Rentier eines sanften Todes sterben zu lassen und den entsprechenden Bestandteil des Profits damit ebenfalls verschwinden zu lassen. Keynes hat im Gewinn des Unternehmers zwei Teile gesehen, den Unternehmerlohn (einschließlich Risikoprämie) und einen reinen Kapitalertrag; nur diesen wollte er offenbar abschaffen.

Der Vorstellung von der Euthanasie des Rentiers liegt eine spezielle Verteilungstheorie zugrunde, die übrigens auch von Sraffa in einer Passage seines Buches angesprochen wurde, und die sich seine neo-ricardianischen Schüler zu eigen gemacht haben – die Idee, daß die reine Profitrate, d. h. ohne Unternehmerlohn, durch den Geldzins bestimmt wird, und daß sie daher mit fallendem und schließlich verschwindendem Geldzins auch fallen und verschwinden würde.

Keynes hat an anderer Stelle eine andere Begründung für das potentielle Verschwinden des reinen Profits gegeben, eine Begründung, die sich mit der obigen schwer vereinbaren läßt, weil sie auf neoklassischen Vorstellungen beruht (von denen sich ja Keynes nie ganz freigemacht hat und die gelegentlich in seinem Buch ganz inkongruent herumgeistern).

Er hatte die Vorstellung einer Sättigung der Wirtschaft mit Realkapital, die sich mit zunehmender Entwicklung der kapitalistischen Produktion ergeben würde, und die den Preis des Kapitals, also den Kapitalzins, auf Null herabsinken lassen würde. Wenn das Realkapital aufhört, knapp zu sein, so geht die Argumentation, dann wirft es keinen

Ertrag mehr ab. Dabei hat Keynes offenbar vorausgesetzt, daß dauernde Vollbeschäftigung garantiert ist (durch geeignete Wirtschaftspolitik). Ansonsten würde ja Überschußkapazität entstehen, die die Wirtschaft durch Schwinden der Investitionen in Krise und Stagnation treiben würde, solange bis das Kapital wieder knapp werden würde (vielleicht in Zusammenhang mit erneutem Auftreten von Neuerungen). Die vorgestellte Sättigung des Investitionsbedarfs müßte praktisch mit einer Verschiebung der Verteilung zu den Arbeitern einhergehen, also mit einer Senkung der gesellschaftlichen Sparneigung, um das Keynesische Szenario zu ermöglichen.

Der Zustand des Nullzinses ist für Keynes gar nicht so weit entfernt („die Wirtschaft unserer Enkelkinder“ – die Generationenzahl ist freilich nicht wörtlich zu nehmen). Keynes war also Optimist. Was in dem obigen Bild einer nahen Zukunft ohne ökonomische Probleme aber fehlt, das sind zwei Dinge:

Das Monopol und die Dritte Welt. Berücksichtigt man die Existenz von Monopolen (Oligopolen), dann wird es unglaublich, daß der Profit vom Marktzins bestimmt wird. Die Quelle des Profits liegt in der Industrie selbst, der Zins bestimmt nur die Verteilung des Ertrags zwischen Unternehmer und Finanzkapital. Dasselbe Monopol erschüttert auch die alternative neo-klassische Begründung (soweit sie es noch nötig hat, erschüttert zu werden). Es ist nicht die Knappheit von Realkapital, die die Existenz von Profit ermöglicht, sondern die Knappheit an Risikokapital. Verdient wird, weil nicht allzu viele genug Vermögen haben, um die Möglichkeiten gewinnbringender Produktion zu nützen. Dadurch ist der Eintritt in die Industrie beschränkt.

Freilich, Keynes hat sich offenbar auf den Gedanken gestützt, daß eine liberale Kreditpolitik diese Schranken graduell untergraben und beseitigen würde. Aber im Wesen des Monopols liegt es, daß es sich gegen eine Durchlöcherung der Grundbedingungen seiner Macht zu schützen weiß. Die Neubildung von Kapitalien durch andauernde Prosperität und die leichtere Entstehung neuer Unternehmer durch liberale Kreditgewährung und niedrige Zinsen scheitert an dem instinktiven Widerstand des Monopolkapitals, der eingesessenen großen Konzerne und nicht zuletzt an der Macht der Banken, die keineswegs willens sind, einer Euthanasie à la Keynes tatlos zuzusehen.

Auf diese Weise erklärt sich auch die merkwürdige Tatsache, daß die Industrie sich so wenig gegen die Hochzinspolitik der Banken gewehrt hat: Die großen multinationalen Konzerne haben, bei allem offenen Interessenkonflikt, in einem gewissen Sinn ein gemeinsames Interesse mit den Banken, weil hohe Zinsen und konservative Kreditpolitik dem Zustrom von neuen Unternehmern in die Industrie einen Damm entgegensetzen.

Was die Keynesische Utopie weiter stört, ist die Dritte Welt. Hier gibt es keine Sättigung mit Realkapital. Kann sich eine Welt des Überflusses inmitten der ungesättigten halten? Durch Isolierung etwa? Aber unsere Welten sind durch Handel und Zahlungsverkehr verbunden. Sie sind weiter verbunden durch die Wanderungen, die einer Welt mit Überfluß

an Realkapital unweigerlich ständigen Zustrom an Arbeit bringen müssen.

Die Keynesische Utopie sollte für uns nicht ganz ohne Interesse sein, weil sie in jenem ideologischen Zwischenraum angesiedelt ist, in dem heute auch die Sozialdemokratie schwebt. Keynes' Zukunftsbild ist utopisch. Aber heute sind alle Ideologien bankrott. Wir müssen einsehen, daß Gesellschaftskritik nicht an einem bestimmten Punkt endet, wo sich ein Reich der Vollkommenheit und Zufriedenheit auftut, sondern daß sie endlos immer weitergehen muß, auch wenn sie sich dabei gegen das richten muß, was sie selbst geschaffen hat.

Literatur

Bhaduri, Amit und Steindl, Josef: The Rise of Monetarism as a Social Doctrine. In *Postkeynesian Economic Theory* ed. Philip Arestis and Thanos Skouras. Wheatsheaf Books, Sussex 1985

Maddison, Angus, Phases of Capitalist Development. Oxford University Press 1984.

Prager, Theodor, *Wirtschaftswunder oder keines?* Europaverlag Wien 1963

Vicarelli, Fausto, *Keynes: The Instability of Capitalism*. Philadelphia, University of Pennsylvania Press 1984.